

Peter Brandt: "Manchmal muss man verhandeln, um überhaupt zu Verhandlungen zu finden"

28. April 2023, 17:10 Uhr



Peter Brandt bei der Kundgebung des Hamburger Ostermarsches.

(Foto: Markus Scholz/dpa)

Der Historiker Peter Brandt hat einen umstrittenen Friedensappell veröffentlicht. Warum Willy Brandts Sohn der Ansicht ist, dass die Interessen Moskaus mehr berücksichtigt werden müssen.

Interview von Detlef Esslinger

Peter Brandt, 74, ist emeritierter Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Fernuniversität Hagen. Zusammen mit dem Friedensaktivisten Reiner Braun, dem früheren DGB-Chef Reiner Hoffmann und dem früheren SPD-Staatssekretär Michael Müller veröffentlichte er Anfang April den Aufruf "Frieden schaffen!". Darin wurden ein "schneller Waffenstillstand" und ein "Weg zu Verhandlungen" gefordert. Zahlreiche prominente Sozialdemokraten und Gewerkschafter, vor allem solche im Ruhestand, unterschrieben ihn. Peter Brandt ist der älteste Sohn des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt.

SZ: Herr Brandt, in Ihrem Aufruf heißt es, Friedens- und Entspannungspolitik sei nicht überholt. Der Unterschied zu den 70er-Jahren ist aber: Damals hatten zwei Seiten ein Interesse daran.

Peter Brandt: Das stimmt. Aber heute wird oft übersehen, dass es damals einen mehrjährigen Übergang gab - nach der größten Zuspitzung, der Kubakrise 1962. Damals haben Washington und Moskau verstanden: Man muss schon aus eigenem Überlebensinteresse zu einer Regelung des konkreten Konflikts und anschließend zu einer gewissen Entspannung kommen. Im Moment gibt es weder auf der einen noch auf der anderen Seite ein Bemühen um friedliche Koexistenz und Kooperation.

Im Ernst? Auch auf der westlichen nicht?

Zumindest die angelsächsischen Länder haben die Situation in der Ukraine und um sie herum seit etwa zwei Jahrzehnten mit verschärft.

Moment, die USA und Großbritannien haben kein Land überfallen.

Wenn es um die unmittelbare Schuld am Krieg geht: Es ist offensichtlich, dass Russland einen unprovokierten Angriffskrieg in Gang gesetzt hat. Aber jeder Krieg hat eine Vorgeschichte und steht in einem weltpolitischen Zusammenhang.

"Fraglos gibt es seit mindestens zehn Jahren eine destruktive Tendenz in der russischen Außen- und Innenpolitik."

Wenn der Angriffskrieg unprovokiert war: Welche Vorgeschichte soll es dann gegeben haben?

Es existiert zunächst eine innerukrainische Vorgeschichte: Nehmen Sie die historisch tradierten Gegensätze und Probleme des Landes zwischen dem nach Europa und dem nach Russland orientierten Teil. Damit verbunden war vor und hinter den Kulissen ein Ringen äußerer Mächte um die Orientierung des Landes. Fraglos gibt es seit mindestens zehn Jahren eine destruktive Tendenz in der russischen Außen- und Innenpolitik, eine imperiale Dimension. Aber es gibt eben auch legitime Sicherheitsinteressen Russlands, die vom Westen seit dem großen Geschichtsbruch von 1989 nicht wirklich berücksichtigt worden sind. Dauerhaften Frieden wird es nur geben, wenn sowohl die Sicherheitsinteressen der beiden Kriegsparteien als auch die der mittelbar Beteiligten berücksichtigt werden. Letztlich geht es immer um Interessen.

Inwiefern bedroht der Westen denn die Sicherheit Russlands?

Gewiss plant niemand im Westen einen Krieg gegen Russland, das wird auch im Kreml keiner annehmen. Aber die Nato ist der potenzielle Gegner, sie ist von der Elbe bis an den Bug vorgerückt, den Grenzfluss zwischen Polen und Belarus. Es ist zwar nachvollziehbar, dass die Regierungen und wohl auch die Völker in Ostmitteleuropa und Südosteuropa dies so wollten...

... aus Sorge vor Russland.

Ja. Und trotzdem ist es objektiv ein Problem für Russland, nicht nur für Putin.

Russland hat auch einiges im Gegenzug bekommen: von der Ukraine die Atomwaffen, von Deutschland den Abbau der Bundeswehr, von den G 7 die Erweiterung auf G 8.

Aber die Osterweiterung der Nato wiegt schwerer. Zumal sie heute bei den konventionellen Streitkräften viel stärker ist als Russland.

In Ihrem Aufruf wird Ihr Vater mit dem Satz zitiert, es gelte, sich gegen den Strom zu stellen, "wenn dieser wieder einmal ein falsches Bett zu graben versucht".

Lassen Sie mich zunächst betonen, dass dieses Zitat keine inhaltliche Inanspruchnahme des vor gut 30 Jahren Verstorbenen für unser Anliegen enthält. Das Zitat ist von Anfang der 80er-Jahre, aus der Debatte um die Nato-Nachrüstung...

...als Willy Brandt, der SPD-Vorsitzende, sich gegen Helmut Schmidt, den SPD-Kanzler, stellte.

Lange zogen sie in dieser Sache an einem Strang, aber am Ende kamen sie zu unterschiedlichem Resultat. Übertragen auf heute heißt das: sich gegen die relative Uniformität in der Darstellung des Konflikts zu stellen, die man bei den Medien erleben muss, um eine objektivere Sicht auf den

Gesamtkonflikt zu bekommen. Wir wissen natürlich nicht, wie er heute in dieser Sache urteilen und agieren würde.

Aber noch mal: Nichts, was vor dem 24. Februar 2022 geschah, legitimiert, was Putin seither tut.

Selbstverständlich nicht. Ich wiederhole, was ich früher gesagt habe: Russland ist gefordert, seine sogenannte Spezialoperation zu beenden und seine Truppen zurückzuziehen. Es geht ums Erklären, ums Verstehen - als Voraussetzung dafür, wieder aus der Situation herauszufinden. Dadurch, dass wir mittelbar an dem Krieg beteiligt sind, haben auch wir dieses Interesse. Es wäre ja völlig wirklichkeitsfremd zu sagen: Die Ukrainer dürfen alleine entscheiden, ob sie die Krim zurückerobern wollen oder nicht, und die Nato liefert alle Waffen, die gewünscht werden.

"Manchmal muss man verhandeln, um überhaupt zu Verhandlungen zu finden."

Aus der Ukraine wird der deutschen Friedensbewegung vorgeworfen, einen "sogenannten Frieden" statt Frieden zu wollen: einen Frieden, in dem es zwar keine Toten nach Raketenangriffen mehr gibt, aber Unterdrückung, Folter und Verschleppung in den Gebieten unter russischer Besatzung.

Niemand in Deutschland hat festzulegen, wie ein für die Ukraine erträglicher Frieden aussehen soll. Gegen einen Waffenstillstand, um den es zunächst geht, werden immer zwei Argumente angeführt. Erstens, dass die Russen keinen wollen. Aber das wird man sehen. Manchmal muss man verhandeln, um überhaupt zu Verhandlungen zu finden. Zweitens heißt es, die Russen würden einen Waffenstillstand nur nutzen, um sich neu zu sortieren. Der könne also nur einen finsternen Zweck haben. Das konnte man aber noch in keinem Krieg, bei keinem Waffenstillstand ausschließen, von keiner Seite.

Sie hatten im Februar auch den Aufruf von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht unterschrieben. Warum haben Sie im April Ihren eigenen Aufruf hinzugefügt?

Unser Aufruf hatte nicht das Ziel, Hunderttausende Unterschriften zu sammeln; wemgleich viele Menschen das Bedürfnis haben, sich nachträglich anzuschließen. Es sind mittlerweile 1500. Es ging darum, dass sich ein breites Segment aus der SPD und den Gewerkschaften bisher in der öffentlichen Debatte nicht vertreten fühlt und die Stimme erhebt, vor allem in Gestalt ehemals Aktiver. Einige haben gesagt: Euren Aufruf unterschreibe ich gern. Den anderen habe ich nicht unterschrieben.

Gibt es Resonanz aus der aktiven Politik?

Es gab Gesprächsangebote.

Von wem?

Darüber kann ich nichts sagen.

Wurden sie wahrgenommen?

Ja.